

Positionspapier

Fraktion Die Linke im Bundestag



Fraktion, verantwortlich: AK II „Wohnen, Mobilität & Klimaschutz“

Beschluss vom 4. September 2026

Gutes und bezahlbares Leben auf dem Land als Grundlage gelebter Demokratie umsetzen!

1. Die Vielfalt ländlicher Räume anerkennen
2. Politische Herausforderungen in ländlichen Räumen
3. **Bezahlbares Leben auf dem Land**

Kernbotschaften:

1. **Öffentliche Daseinsvorsorge durch ausreichende Kommunalfinanzen stärken:** Schulen, Bibliotheken, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen erhalten und wiedereröffnen
2. **Strukturen des täglichen Lebens sichern:** Sparkassen, Post, Apotheken, Krankenhäuser und Praxen in den Flächen belassen und für alle gut erreichbar machen
3. **Öffentlicher Personenverkehr verlässlich und bezahlbar:** Mobilitätsgarantie für alle umsetzen mit mindestens stündlicher ÖPNV-Anbindung für jede Ortschaft
4. **Regionale Wertschöpfung und Kreisläufe fördern:** faire Bedingungen für die Landwirtschaft, Boden bezahlbar machen, Weiterverarbeitung und Gewerbe vor Ort ausbauen, Arbeitsplätze schaffen und Kommunen an den Einnahmen der Energiewende beteiligen

1. Die Vielfalt ländlicher Räume anerkennen

Ländliche Räume sind äußerst vielfältig. Sie reichen vom abgelegenen Einsiedlerhof über das 200-Seelen-Dorf bis hin zur Kleinstadt. Sie umfassen wirtschaftlich starke suburbane Räume im Umland großer Städte, touristisch geprägte Landschaften sowie strukturschwache, peripher gelegene Gebiete mit starkem Bevölkerungsrückgang. Es bestehen erhebliche Unterschiede hinsichtlich Wirtschaftskraft, Beschäftigung, Mobilität und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Der demografische Wandel, also der wachsende Anteil älterer Menschen, ist auf dem Land stärker ausgeprägt als in der Stadt¹. Während manche Gebiete unter Verödung, dem Wegzug junger Menschen und dem Rückgang von Infrastruktur und Dienstleistungen leiden, erfahren andere Regionen im Speckgürtel großer Städte starken Zuzug. Dort führt die Attraktivität des Wohnens außerhalb der Stadt häufig zu steigenden Wohnkosten. Das kann Verdrängungsprozesse auslösen, weil einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen zunehmend Schwierigkeiten haben bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Demografischer Wandel und Abwanderung sind in Ostdeutschland stärker ausgeprägt. Trotz höherer Bildungsabschlüsse und Bildungsausgaben fehlen in vielen Bereichen Fachkräfte und Nachfolger:innen, vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen. Noch immer liegt der Durchschnittslohn Ostdeutschlands deutlich unter dem Niveau Westdeutschlands, wobei die Einkommensdifferenz zwischen ländlichen und urbanen Räumen hier besonders groß ist.

2. Politische Herausforderungen in ländlichen Räumen

Ländliche Räume verbindet ein gemeinsamer Kern an Herausforderungen. Auf dem Land sind viele Wege im Alltag länger. Fehlende Bus- und Bahnverbindungen, weite Wege zu Ärzt:innen und Therapeut:innen, Schulen oder Einkaufsmöglichkeiten sowie steigende Energie- und Spritkosten machen den Alltag vieler Menschen auf dem Land zunehmend teuer. Vielerorts steigen die Kosten für Wohnraum, Gewerbeflächen, Betreuung oder medizinische Versorgung. Konkrete Entlastung müssen also mit dem Aus- und Aufbau intakter, für alle nutzbarer Infrastruktur und regionaler Versorgung verbunden werden. Postfilialen, Sparkassen, Bibliotheken und Schwimmbäder werden auf dem Land systematisch geschlossen. Das Lohnniveau ist niedrig, Kommunen stehen finanziell immer schlechter da, öffentliche Infrastruktur ist zunehmend marode und der Zugang zu Land für Landwirt:innen aufgrund eskalierender Bodenpreise stark eingeschränkt.

Ländliche Kommunen stehen unter finanziellem Druck: Investitionen in die Daseinsvorsorge, Schulen, Straßen oder den öffentlichen Nahverkehr können immer weniger gedeckt werden. Besonders problematisch ist die wachsende Ungleichheit zwischen Kommunen. Strukturschwache Regionen geraten immer tiefer in eine Spirale aus Sparzwang und Investitionsstau.

Selbst Förderprogramme können diese Unterschiede kaum ausgleichen. Sinkende Einwohner:innenzahlen, abwandernde Gewerbe und eine geringe wirtschaftliche Dynamik erschweren die langfristige Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Junge Menschen ziehen häufig in Städte, wodurch Arbeitskräfte, Kaufkraft und gesellschaftliches Engagement verloren gehen. Die Folgen sind vielerorts schleichender Rückgang der Lebensqualität und Attraktivität ganzer Regionen. Zwischen urbanen und ländlichen Räumen entstehen zunehmend Spannungen, weil politische Entscheidungen als zu stark auf die Interessen der Städte ausgerichtet wahrgenommen werden. Unterschiede bei Infrastruktur, Mobilität, Digitalisierung oder kulturellen Angeboten verstärken die Realität der Benachteiligung. Die gesellschaftliche und politische Polarisierung zwischen Stadt- und Landbevölkerung nimmt zu. Öffentliche Dienstleistungen und Investitionen konzentrieren sich auf urbane Räume, in denen höhere Gewinne zu erwarten sind. Ländliche Regionen geraten zunehmend ins Hintertreffen, da sie aus ökonomischer Sicht als weniger rentabel geltenⁱⁱ.

Auch viele Bäuer:innen erleben Preisdruck, Abhängigkeit von Konzernen und politische Unsicherheit. Es braucht Allianzen zwischen Beschäftigten, Landwirt:innen, Klima- und Sozialbewegungen, Gewerkschaften, antifaschistischen Initiativen und lokalen Gemeinschaften. Viele Konflikte auf dem Land verlaufen nicht zwischen „progressiv“ und „konservativ“, sondern entlang von Fragen nach Existenzsicherung, Versorgung, Eigentum, Mitbestimmung und Zukunftsperspektiven. Das Land und die Landwirtschaft werden dabei nicht als romantisierte Idylle, sondern als Grundlage kollektiver Versorgung, regionaler Wirtschaftskreisläufe und demokratischer Kontrolle zentraler Lebensbereiche verstanden.

Vor diesem Hintergrund versucht die AfD im ländlichen Raum gezielt langfristige soziale und kulturelle Verankerung über Vereine, Dorffeste, Jugendangebote, Landwirtschafts- und Heimatdiskurse sowie lokale Netzwerke aufzubauen. Gleichzeitig existieren vielerorts starke demokratische und progressive Gegenkräfte: queere Initiativen, antifaschistische Bündnisse, migrantische Selbstorganisationen, Kulturvereine oder lokale Netzwerke, die oft unter schwierigen Bedingungen „die Stellung halten“.

3. Bezahlbares Leben auf dem Land: Themenfelder und Kernforderungen

Alle Forderungen sind selbstverständlich partizipativ unter Einbezug lokaler Akteure und Kommunen zu gestalten und verfolgen das Ziel gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Nahversorgungsstrukturen in Dörfern und Kleinstädten

Gute Lebensverhältnisse vor Ort hängen von einer verlässlichen Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur, Freizeitangeboten, Läden und wohnortnahen Dienstleistungen ab. Doch Angebote werden ausgedünnt und Wege länger. Exemplarisch steht hier das Postwesen. Der Strukturwandel im digitalen Zeitalter geht besonders zu Lasten der Versorgung in ländlichen

Regionen: Filialen schließen dauerhaft oder sind nur wenige Stunden geöffnet. Automatisierte Poststationen sind nicht barrierefrei und schließen Teile der Bevölkerung von Nutzung und Teilhabe aus. Das bedeutet nicht nur schlechtere Versorgung, sondern auch Personalabbau, der zum Verlust von fast 46.000 Arbeitsplätzen führte.

Schulen, Kitas und Angebote der Jugendhilfe sind zentrale Pfeiler öffentlicher Daseinsvorsorge, doch Schulschließungen oder die Zusammenlegung von Standorten weiten sich aus. Längere Wege, überfüllte Schulen und der Wegfall von Ganztags- oder Jugendangeboten verstärken die Realität, dass das Leben auf dem Land systematisch abgewertet wird. Ein häufig übersehener Aspekt ist der erschwerte Zugang zu sozialen Leistungen, wie beispielsweise zu psychosozialen Unterstützungsangeboten. Lange Wege erschweren den Zugang zum Jugendamt oder zu Angeboten der Frühen Hilfen. Ehrenamtliches Engagement, z.B. in der Freiwilligen Feuerwehr, in Vereinen sowie im Sport- und Kulturbereich, kann soziale Benachteiligungen zwar abfedern, steht jedoch selbst unter Druck, da Nachwuchs fehlt.

Kernforderungen:

- 1. Bibliotheken und öffentliche Schwimmbäder müssen erhalten werden**
- 2. Sparkassen und Postdienstleister müssen personell besetzte Filialen anbieten**
- 3. Vereine und Vereinsheime, Breitensportangebote, Sportflächen und freiwillige Feuerwehren müssen erhalten und aufgebaut werden**
- 4. Mobile physische und psychische Gesundheitsangebote (rollende Arztpraxen, Beratungsstellen, Hebammen- und Pflegeangeboten) müssen ausgebaut und Ortskrankenschwestern einsetzten werden**
- 5. Forschungs- und Bildungseinrichtungen müssen in ländlichen Räumen, wie zum Beispiel die Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde, angesiedelt werden**

Bleibperspektiven durch sichere Arbeitsplätze, faire Löhne und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen

26,4 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in ländlichen Regionenⁱⁱⁱ. 51 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse im Gastgewerbe und 45 Prozent in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sind dem Niedriglohn zuzuordnen^{iv}. Von dem bundesweiten Nettorückgang der Beschäftigung im Zeitraum 2022 bis 2025 von knapp 156.000 Personen entfallen 80 Prozent auf ländliche Räume^v. Es braucht daher eine gezielte Wirtschaftsförderung für neue Technologien und Geschäftsfelder, die „Gute Arbeit“ im Sinne von Tarifbindung und Beschäftigungssicherung zur Voraussetzung macht. Auch im Handwerk muss „Gute Arbeit“ gestärkt werden. Um demokratisches Wirtschaften zu stärken, muss gezielt die Gründung von Genossenschaften gefördert werden^{vi}. Digitalisierung bietet für ländliche Regionen besondere Perspektiven. Homeoffice kann zur Verkehrsvermeidung und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Es ist jedoch nur in bestimmten Tätigkeiten möglich und kann zu sozialer Exklusion führen.

In ländlichen Räumen ist die Chance auf eine ausreichende Versorgung mit Ausbildungsplätzen höher als in städtischen^{vii}. Dennoch lässt sich in den meisten ländlichen Agenturbezirken^{viii} nicht von einem auswahlfähigen Angebot sprechen^{ix}. Um jungen Menschen eine attraktive Lebensperspektiven zu bieten, müsste die „Ausbildungsgarantie“ ihrem Namen gerecht werden.

Kernforderungen:

- 1. Gute Arbeit auf dem Land: Tarifbindung, höhere Löhne, sichere Beschäftigung, gute Ausbildung, stärkere Mitbestimmung und öffentliche Unterstützung für das Handwerk**
- 2. Industrie und Strukturwandel aktiv gestalten: Öffentliche Investitionen und Wirtschaftsförderung an Beschäftigungssicherung, Tarifbindung und Mitbestimmung koppeln**
- 3. Ausbildungsgarantie verwirklichen: Ausreichende Ausbildungsplätze, existenzsichernde Ausbildungsvergütung, Mobilitätszuschuss und Übernahmegarantie schaffen**

Landwirtschaft für Menschen statt Konzernprofite

Agrarpolitik muss sich konsequent am Gemeinwohl statt an Renditeinteressen orientieren. Boden darf keine Spekulationsware sein. Statt einer immer stärker auf den Weltmarkt ausgerichteten und ruinösen Preisdruck erzeugenden Agrarpolitik müssen regionale Wertschöpfungsketten gezielt gefördert werden – von der Erzeugung über Verarbeitung und Lebensmittelhandwerk bis hin zu Vermarktung und Logistik vor Ort. Die EU-Agrarförderung, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Programme wie LEADER, sollten deutlich stärker an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet werden und regionale Strukturen, wie familiäre Landwirtschaftsbetriebe, genossenschaftliche und gemeinschaftlich organisierte Betriebe, unterstützen.

Um dem Höfesterben entgegenzuwirken müssen bäuerliche Betriebe vor struktureller Verschuldung und Marktmachtkonzentration geschützt werden. Die Linke befürwortet Mindestezeuger:innenpreise, die Landwirt:innen eine kostendeckende Produktion ermöglichen und die Verhandlungsmacht gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel stärken. Die Spitze des Deutschen Bauernverbands (DBV) vertritt die Interessen vieler bäuerlicher Betriebe nicht mehr. Daraus entsteht die Chance, neue Bündnisse zwischen Landwirt:innen, Beschäftigten, Verbraucher:innen und Umweltverbänden zu schmieden, um eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratische Agrarwende voranzubringen.

Kernforderungen:

- 1. Konzernmacht in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft begrenzen, sowie regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung stärken**

2. **Höfesterben durch faire Erzeugerpreise aufhalten und strukturelle Verschuldung landwirtschaftlicher Betriebe bekämpfen, Junglandwirt:innenförderung und Existenzgründungsprämien ausbauen**
3. **Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) sozial und ökologisch umbauen**
4. **Gemeinwohlorientierte Verpachtung umsetzen, kommunale Vorkaufsrechte stärken, doppelte Zahlung der Grunderwerbsteuer bei Ausübung des Vorkaufsrechts abschaffen, Einführung von Agrarstrukturgesetzen, Verbot von Share Deals, BVVG auflösen und Flächen an die Landgesellschaften bzw. die BlmA übertragen sowie der Aufbau von öffentlichen Bodenfonds**

Flächennutzungskonflikte und Erneuerbare Energien

Die sozial-ökologische Transformation darf nicht auf dem Rücken ländlicher Räume ausgetragen werden. Die Energiewende ist bei der ländlichen Bevölkerung seit über 20 Jahren Alltag. Es herrscht Konkurrenz um Flächen, inzwischen auch durch Rechenzentren, ebenso um knappe Wasser- und Energieressourcen. Die Energiewende braucht Akzeptanz, demokratische Beteiligung und eine gerechte Bodenpolitik. Kommunen und Bürger:innen müssen stärker von Wind- und Solarenergie profitieren.

Beim Ausbau erneuerbarer Energien dürfen Klima- und Naturschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vorrang haben Photovoltaikanlagen auf Dächern, Parkplätzen, Konversionsflächen, Brachflächen und anderen bereits versiegelten Standorten. Wertvolle Ökosysteme wie Moore und Gewässer müssen geschützt und ökologisch aufgewertet werden. Wiedervernässte Moore sind wichtige CO₂-Senken, fördern die Biodiversität und können durch Paludikulturen auch wirtschaftlich genutzt werden. Agri-Photovoltaik kann dort sinnvoll sein, wo sie Landwirtschaft und Energieerzeugung miteinander verbindet. Gleichzeitig muss die Flächenversiegelung deutlich reduziert werden.

Kernforderungen:

1. **Kommunale Wind- und Solarparks ausbauen und Wertschöpfung vor Ort sichern**
2. **Photovoltaik zuerst auf Dächer und versiegelte Flächen: Brachflächen, Parkplätze und Gewerbedächer vorrangig nutzen**
3. **Flächenversiegelung stoppen: Entsiegelung und Altlastensanierung als kommunale Pflichtaufgabe finanziell absichern**
4. **Strenge ökologische Standards für Rechenzentren, keine politische Forcierung des Ausbaus**

Energie: Strom, Wärme, Heizungsgesetz

Die Wärmewende ist eine der wichtigsten Aufgaben im Kampf gegen die Klimakrise und gegen fossile Energiepreiskrisen. Der Einbau von umweltfreundlichen Heizungen wie Wärmepumpen in Verbindung mit einer neuen Dämmung erfordern hohe Investitionskosten. Wo der Anschluss an ein kommunales Wärmenetz fehlt, müssen Hauseigentümer:innen auf

teure Einzellösungen ausweichen. Das überfordert viele Menschen finanziell, weil die Umbaukosten für viele Rentner:innen oder Niedrig- und Geringverdiener:innen existenzbedrohend sind. Auch die ca. 40 Prozent der Menschen in ländlichen Gebieten, die zur Miete wohnen, müssen bei der Wärmewende vor höheren Kosten geschützt werden.

Die Energieinfrastruktur – einschließlich Strom- und Wärmenetze – gehört in öffentliche, kommunale Hand. Eine staatliche Infrastrukturgesellschaft kann gezielt regionale Stadtwerke und Energiegenossenschaften einbeziehen und so lokale Wertschöpfung sicherstellen. Für die Umsetzung der Energiewende müssen lokale Behörden stärker finanziell ausgestattet werden.

Kernforderungen:

- 1. Kommunen und Einwohner:innen mehr an den Einnahmen aus der Energiewende beteiligen (z.B. durch verpflichtende Direktzahlungen von Betreibern auch für Bestandsanlagen, über Bürgerenergiegenossenschaften oder vergünstigte Stromtarife)**
- 2. Überführung der Energieinfrastruktur in öffentliche, kommunale Hand**
- 3. Einkommensabhängige Investitionsoffensive für die energetische Sanierung und den Heizungstausch**

Lebendige Orte durch bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum

Die Wohnungsfrage ist jenseits der Stadtzentren angekommen. Während in einigen Regionen Wohnraum knapp ist, stehen andernorts Wohnhäuser, Gewerbeflächen und ganze Ortskerne leer. Mieten und Neben-, Heiz- und Energiekosten werden für immer mehr Menschen zu einer existenziellen Belastung. Spekulation mit Grundstücken und Gebäuden macht das Leben teurer. Wo Wohnraum knapp ist, haben kaum genutzte Zweitwohnsitze und Airbnbs auch in ländlichen Räumen nichts zu suchen!

Statt immer neue Flächen zu versiegeln, müssen bestehende Gebäude erhalten, modernisiert und wieder genutzt werden. Um Kommunen wieder handlungsfähig zu machen, wollen wir preisregulierte kommunale Vorkaufsrechte stärken. Ortskerne müssen wieder zu lebendigen Zentren des gesellschaftlichen Lebens werden. Deshalb unterstützen wir Mischnutzungen aus Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung, Kultur und sozialen Angeboten. Öffentliche Mittel sollen vorrangig in kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fließen.

Kernforderungen:

- 1. Wohnen auch im ländlichen Raum bezahlbar machen durch Senkung und Begrenzung der Energie- und Nebenkosten sowie Einführung eines Mietendeckel und Ausweitung der Mietpreisbremse**
- 2. Steigende Bodenpreise begrenzen und Spekulation mit Boden eindämmen**
- 3. Leerstand aktiv in Nutzung bringen (Gewerbemietrecht reformieren und kleine Betriebe besser schützen, Umnutzung und Sanierung von Leerständen fördern,**

Mischnutzungen aus Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung und Kultur gezielt unterstützen)

- 4. Neue Wohnformen fördern (Mehrgenerationenwohnen, Wohnprojekte und Genossenschaften stärken, Teilung Einfamilienhäuser fördern) und kleine Gewerbetreibende vor Verdrängung aufgrund steigender Gewerbemieten, Spekulation und Kündigungen schützen**

Mobilität für alle: verlässlich, bezahlbar, barrierefrei

Linke Verkehrspolitik muss durch einen gezielten Ausbau des ÖPNV allen Menschen ermöglichen, Arbeit, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Gesundheitsversorgung und Einkauf auch ohne eigenes Auto zuverlässig zu erreichen. Dafür reicht ein günstiges Ticket allein nicht aus: Entscheidend sind ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, regelmäßige Verbindungen und kurze Umstiegszeiten. Insbesondere im ländlichen Raum müssen Busse, Bahnen sowie Rufbus- und Bürgerbusangebote besser miteinander verknüpft werden.

Kernforderungen:

- 1. 9-Euro-Ticket und Ausbau des ÖPNV (siehe Antrag 21/3658)**
- 2. Mobilitätsgarantie mit mindestens stündlicher ÖPNV-Anbindung für jede Ortschaft und einem barrierefreien Zugang (siehe Antrag 21/3661)**
- 3. Bus- und Bahnverbindungen abstimmen, um lange Wartezeiten beim Umstieg zu verringern sowie den Ausbau und Vernetzung von Fuß- und Radwegen im ländlichen Raum, sowie die Rekommunalisierung der Infrastruktur voranbringen**
- 4. Einrichtung von Mobilitätszentren an bspw. Bahnhöfen für leichteren Umstieg mit gebündeltem Fahrradverleih, sicheren Abstellanlagen, Carsharing und Rufbusangeboten**

Starke handlungsfähige Kommunen statt Sparzwang

Wer ländliche Räume stärken will, muss Kommunen in die Lage versetzen, zu gestalten, statt Mangel zu verwalten. Viele finanzschwache Kommunen sind durch unzureichende Mittelzuweisungen der Länder und Aufgabenübertragungen des Bundes in eine Finanzkrise geraten. Da hohe Ausgaben für soziale Leistungen kommunale Haushalte massiv belasten, fehlt Geld für den Erhalt wichtiger Infrastrukturen. Deshalb benötigen die Kommunen dringend finanzielle Entlastung, beginnend mit einer verbindlichen Regelung zur Kostenerstattung durch den Bund bei Übertragung und Erweiterung von Aufgaben.

Die Verteilung von Bundesfördermitteln muss anhand eines verbindlichen „Kommunalen Bedarfsindex“ ausgerichtet werden, der Faktoren wie Finanzkraft, Investitionsrückstände und soziale Belastungen einbezieht, um bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern. Darüber hinaus haben sich vergangene Privatisierungen kommunalen Eigentums als Fehler erwiesen, da sie oft zu höheren Preisen, Qualitätsverlust und einem Verlust an demokratischer Kontrolle führten. Um eine sozial gerechte Daseinsvorsorge, sozial vertretbare Preise

und Versorgungssicherheit zu garantieren, müssen Kommunen gezielt bei Rekommunalisierungsvorhaben unterstützt werden.

Kernforderungen:

1. **Siehe Positionspapier “Finanziellen Kollaps der Kommunen verhindern: Kommunalfinanzen stärken!”^x**
2. **Bundesmittel solidarisch und gerecht verteilen – Strukturschwache Kommunen stärken (siehe Antrag 21/6652)**

Moderner ländlicher Raum durch Digitalisierung

Um den Menschen den Übergang in die digitale Verwaltung zu erleichtern, darf der Staat die Verantwortung nicht ins Private abschieben, sondern muss unterstützen. Das nimmt den Menschen die Sorge, technologisch nicht mithalten zu können und sichert die administrative Handlungsfähigkeit im ländlichen Raum. Kommunale Neighbourhood-Offices sind eine Alternative zu dezentralen, öffentlich geförderten Co-Working-Spaces. Angeschlossene öffentliche Internet-Cafés schaffen Orte für die zunehmend digitale Bürgerbeteiligung. Sie wirken dem Trend entgegen, dass Menschen ohne Netzzugang oder technisches Know-how von politischen Prozessen abgehängt werden. Durch die Integration von digitalen 1-Personen-Bürgerämtern kann die Verwaltung zurück in die Fläche geholt und der ländliche Raum administrativ gestärkt werden.

Kernforderungen:

1. **Breitband- und Mobilfunkausbau vorantreiben**
2. **Digitale Bürgerämter etablieren**

Krisenvorsorge, Katastrophenfall und Klimaresilienz auf dem Land, in Dörfern, Gemeinden und Kleinstädten

Der Erfolg von Klimaschutz und Resilienz vor Extremwettern und Dürre entscheidet in den ländlichen Räumen. Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte sind das Fundament für den natürlichen Klimaschutz, für Artenschutz, für Erholung, Biodiversität. Reiche Regionen können sich Klimaschutz leisten, ärmere Regionen nicht. Wir regen daher eine Änderung des Grundgesetzes an, die es dem Bund grundsätzlich ermöglicht, Klimamaßnahmen unmittelbar zu fördern und zu finanzieren. Es ist Zeit, die ländlichen Räume angemessen zu kompensieren und attraktiv zu halten. Denn auch Dörfer und Kleinstädte brauchen – analog zu Großstädten – mehr Bäume und konsequenten Hitzeschutz.

Kernforderungen:

1. **Bundesfinanzierte Förderprogramme für Klimaanpassung im ländlichen Raum (Wassermanagement, Hitzeschutz, Hochwasserschutz), die nicht unter Finanzierungsvorbehalt durch kommunale Eigenmittel stehen**

2. **Waldumbau** (für mehr Biodiversität, besseres Hoch- und Niedrigwassermanagement, gegen Erosion, für Erholung), Förderung von Agroforst (gegen Erosion, für Hitzeschutz, Schatten und Biodiversität), Renaturierung von Gewässern, Retentionsflächen und Flussauen sowie baulicher Hochwasserschutz
3. **Grünlandpflege** (für ein besseres CO₂-Management und Biodiversität), Kohlenstoffmanagement auf Agrarflächen (für Humusneubildung) und Wiedervernässung von Moorflächen

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus ist die Stärkung demokratischer Alltagskultur. Schulen und Kitas, aber auch Jugendhilfe und offene Jugendarbeit und Vereine sind im ländlichen Raum oft die letzten verbliebenen öffentlichen Orte, an denen junge Menschen demokratische Erfahrungen machen, Solidarität lernen und rechte Deutungshoheiten gebrochen werden. Lehrkräfte, Sozialpädagog:innen und Jugendübungsleiter:innen tragen hier eine besondere Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor rechter Propaganda und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diese Verantwortung können sie nur wahrnehmen, wenn Personaldecke, Finanzierung und Arbeitsbedingungen stimmen und wenn sie politisch den Rücken gestärkt bekommen.

Kernforderungen:

1. **Demokratie- und Jugendzentren auf dem Land dauerhaft finanzieren, statt projektbezogen**
2. **Jugend-, Kultur- und Bildungsorte stärken**
3. **Kulturpolitik als kommunale Pflichtaufgabe definieren**
4. **Demokratieförderung langfristig absichern: Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement durch ein Demokratiefördergesetz dauerhaft finanzieren**
5. **Demokratie im Alltag verankern: Mitbestimmung, soziale Teilhabe und kommunale Gestaltungsmöglichkeiten ausbauen**

Endnoten

ⁱ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/stadt-land.htm>

ⁱⁱ [Die AfD im ländlichen Raum](#)

ⁱⁱⁱ www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/KOFA_kompakt_und_Studien/2025/KOFA-Studie-01-2025-Ländlicher-Raum.pdf

^{iv} www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/12/PD25_434_623.html

^v https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn070808.pdf

^{vi} [Plan für eine lebenswerte Zukunft in Ostdeutschland](#), S. 10

^{vii} www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/KOFA_kompakt_und_Studien/2025/KOFA-Kompakt_11-2025-Ausbildung-L%C3%A4ndlicher-Raum.pdf

^{viii} https://www.kofa.de/media/Publikationen/Studien/Die_Fachkraeftesituation_im_laendlichen_Raum.pdf
<https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/Ausbildungsgarantie-Indikatoren-Unterversorgung.xlsx>

^{ix} <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/stellungnahmezumbbb2024.pdf>

^x https://www.dielinkebt.de/fileadmin/user_upload/Fraktionsklausur_Positionspapier_Kommunalfinanzen.pdf